

**Rede  
des stellv. Fraktionsvorsitzenden und Sprechers für  
Atompolitik**

**Marcus Bosse, MdL**

zu TOP Nr. 26

Abschließende Beratung

**Unnötige Netzengpässe beseitigen, AKWs jetzt  
abschalten: Netze für erneuerbare Energien frei  
machen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/247

während der Plenarsitzung vom 20.06.2018  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich muss gestehen. Im Grunde meines Herzens habe ich Sympathie für einen früheren Atomausstieg. Das sage ich an der Stelle ganz deutlich. Ich glaube, die meisten hier im Hause wissen das.

Es gehört doch zur Wahrheit, dass wir es hier nicht in der Hand haben, für ein AKW mit dem Daumen nach oben oder nach unten zu zeigen und zu sagen, ob ein AKW auf Dauer abgeschaltet wird oder nicht. Das kann man bedauern, ist aber letzten Endes die Realität.

Was wichtig und nötig ist - das hat, wie ich glaube, an der Stelle auch die Beratung deutlich gezeigt -, ist Netzstabilität - Netzstabilität für die Bürgerinnen und Bürger, für ihre Haushalte, für die Industrie und insbesondere für die Schwerindustrie hier in Niedersachsen. Wir werden natürlich auch den Ausbau der Windenergie stärken.

Ich sage an dieser Stelle aber auch ganz deutlich, dass wir uns auch an Vereinbarungen und Verträge halten müssen. Darin steckt ein ganz großes Stück Verlässlichkeit und Vertrauen ineinander. Sie können es mir glauben: Auch ich sehne mich sehr nach dem Datum des Jahres 2022; denn dann geht das letzte AKW vom Netz.

Wir werden bei der Energiewende große Schritte machen. Wir müssen aber auch aufpassen, dass wir uns dabei nicht ver Stolpern. Denn in unserem Bundesland gibt es - das sagte die Kollegin Byl auch - wirklich kostengünstige Möglichkeiten zum Ausbau von erneuerbaren Energien, und zwar auf Land und auch auf See. Das Ausbauziel im Bereich erneuerbarer Energien wird erweitert. Es ist, wie ich glaube, in der Unterrichtung des Ausschusses deutlich geworden, dass es am Netzausbau fehlt und der Ausbau beispielsweise von HGÜ-Trassen beschleunigt werden muss.

Ich bin nun das elfte Jahr im Landtag. In meinem Wahlkreis verläuft mindestens eine und, wenn es schlecht läuft, verlaufen dort zwei Trassen, möglicherweise

nebeneinander: Die Trasse Wahle–Mecklar und, wenn es schlecht läuft, auch noch der SuedLink mit einer Parallelführung. - Ich bin jetzt das elfte Jahr im Landtag, und seit elf Jahren laufen die Diskussion und die Planung dazu. Ich weiß aber, dass die Diskussion schon drei oder vier Jahre vorher begonnen hatte. Ich meine, das kann man niemandem mehr erklären. Das ist auch nicht mehr zeitgemäß. Ich weiß, es muss und soll auch alles rechtens laufen. Aber auch diese langen Planungszeiträume verzögern die Energiewende, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wenn, wie Frau Kollegin Byl gesagt hat, zu viel Energie im Netz ist, sollten dementsprechend natürlich zuschaltbare Lasten eingesetzt werden. Ich denke hierbei an die Erzeugung von Wasserstoff aus Windenergie, ich denke an intelligente Steuerungssysteme im Netzbetrieb oder beispielsweise an die Reduktion von konventioneller Stromerzeugung. Die Netze sind natürlich auch dann oft verstopft, wenn an Tagen wie heute die Sonne scheint und viel Wind herrscht. An solchen Tagen, so wurde uns im Ausschuss gesagt, wird natürlich auch Strom verkauft. Strom wird im Wesentlichen nach Belgien und auch nach Frankreich verkauft. Ich sage ganz deutlich: Wer weiß, aus welcher Region ich komme, der weiß auch, dass ich bekennender Atomkraftgegner bin. Dafür gibt es viele gute Gründe. Heute und auch schon gestern ist so oft das Zitat der Brechstange benutzt worden. Diese Brechstange, die gestern Herrn Ministerpräsidenten Weil überreicht worden ist, könnte ich heute jemandem aus der Fraktion der Grünen in die Hand drücken, um auch mit der Brechstange heranzugehen.

Ich will aber auch ganz deutlich sagen: Ich halte eine Abschaltung - den Weg, der zurzeit beschritten wird - für den richtigen Weg und würde das an der Stelle nicht noch weiter forcieren.

Man muss auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts bedenken; denn auch das gehört zur Wahrheit dazu. Wir sind darüber informiert worden, dass das Eigentumsrecht an den Reststrommengen die Kraftwerksbetreiber haben. Diese Reststrommengen dürfen ausgeschöpft werden. Wenn dies verhindert wird, müsste der Bund dementsprechend dafür zahlen. Die Entscheidung, wie

Reststrommengen eingesetzt werden, liegt letzten Endes auch in der Hand der Kraftwerksbetreiber. Das gehört zur Wahrheit dazu.

Insofern werden wir uns der Beschlussempfehlung des Ausschusses, die auf eine geänderte Fassung zielt, mit einer großen Mehrheit hier im Hause anschließen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.